

(per E-Mail)

Herr Eric Gujer  
Chefredakteur  
Neue Zürcher Zeitung  
eric.gujer@nzz.ch

17. November 2020

Sehr geehrter Herr Gujer,

wir beziehen uns auf den Artikel "Wenn die Regierung entscheidet, wer ihre Opposition sein darf, wird Hongkongs Parlament zur Farce", der von Ihrem Redakteur Patrick Zoll verfasst und am 13. November 2020 auf nzz.ch veröffentlicht wurde. Bitte erlauben Sie mir, die folgenden Informationen mit Ihnen, zu teilen, um Ihnen das Verständnis des Sachverhalts zu erleichtern.

Jüngste Vorwürfe von Regierung und Einrichtungen anderer Länder gegen die Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (NPCSC) über die Qualifikation von Mitgliedern des Legislativrates (LegCo) der Sonderverwaltungsregion Hongkong (HKSAR) sind unbegründet.

Vier Mitglieder der sechsten Wahlperiode des Legislativrats, namentlich Alvin Yeung, Dr. Kwok Ka-ki, Dennis Kwok und Kenneth Leung, hatten eine Kandidatur für die ursprünglich für den 6. September geplanten allgemeinen Wahlen zum Legislativrat 2020 eingereicht. Ihre Nominierungen wurden von den Wahlleitern vor Ablauf der Nominierungsfrist für ungültig erklärt, und sie verloren damit die Qualifikation für die Kandidatur zur Wahl des LegCo für die siebte Wahlperiode. Die Wahlleiter erklärten eindeutig, dass das Verhalten der vier Personen nicht mit der Erklärungspflicht für Kandidaten gemäß dem entsprechenden Abschnitt der Verordnung des Legislativrats (Kap. 542) übereinstimmte, das heißt das Basic Law Hongkongs zu wahren und der SAR Hongkong Treue zu schwören.

Die Wahlleiter entschieden in Übereinstimmung mit dem Gesetz, dass diese vier Mitglieder des Legislativrats das Basic Law nicht wirklich wahren und das Treuegelöbnis gegenüber der SAR Hongkong nicht einhalten. Es wäre unlogisch, Personen, die bei einer LegCo-Wahl nicht kandidieren dürfen, zu gestatten, ihre Pflichten als Mitglieder des LegCo weiterhin zu erfüllen. Da die oben erwähnte Frage die Entscheidung des NPCSC vom 11. August und seine Auslegung von Artikel 104 des Basic Law betrifft, hätte die Regierung der SAR Hongkong nicht allein über die Qualifikation der vier Mitglieder entscheiden können. Daher ersuchte

sie die Zentrale Volksregierung, den NPCSC einzuladen, das Problem aus verfassungsrechtlicher Sicht zu lösen.

Die am 11. November getroffene Entscheidung des NPCSC ist verfassungsmäßig, rechtmäßig und notwendig. Es legt klar dar, welche Folgen es hat, wenn Mitglieder des Legislativrats gegen die rechtlichen Voraussetzungen der "Aufrechterhaltung des Basic Law der SAR Hongkong" und des "Treueschwurs auf die SAR Hongkong" verstoßen. Indem festgelegt wurde, dass diese Konsequenzen für Mitglieder des Legislativrats gelten, die gemäß dem Gesetz als nicht wählbar für die Wahl zum Legislativrat bestätigt wurden, bot es der Regierung der SAR Hongkong eine solide rechtliche Grundlage ihren Ausschluss anzukündigen. Dies ist eine rechtzeitige Maßnahme, um die getreue Umsetzung von "Ein Land, zwei Systeme" zu gewährleisten und die verfassungsmäßige Ordnung der SAR Hongkong zu schützen.

Die Regierung der SAR Hongkong erkennt uneingeschränkt an, dass die Rechtsstaatlichkeit der Eckpfeiler des langfristigen Wohlstands und der Stabilität Hongkongs ist, und ist entschlossen, diesen Grundwert jederzeit zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen

Bill Li

Direktor, Wirtschafts- und Handelsbüro Hongkong in Berlin